

## Aufstieg und Fall eines Vizepremiers in Rußland

Schwanitz, Simone

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schwanitz, S. (1995). *Aufstieg und Fall eines Vizepremiers in Rußland*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 36/1995). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-45595>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

### Aufstieg und Fall eines Vizepremiers in Rußland

#### **Zusammenfassung**

Der Übergang von einer Plan- zu einer Marktwirtschaft in der Russischen Föderation stößt immer wieder auf Hindernisse. Dies gilt auch für die Privatisierung. Mit der Ernennung Wladimir Polewanows im November 1994 zum neuen Privatisierungschef wurden Forderungen nach einem Privatisierungsstop und nach Re-Nationalisierung laut. Schlüsselsektoren wie der Rüstungs- und Energiesektor und die Landwirtschaft sollten, falls eine Privatisierung gegen alle Widerstände durchgesetzt werden würde, gesonderten Regelungen unterstellt werden.

Ausländische Investoren oder Kaufinteressenten galten eher als Bedrohung der nationalen Sicherheit, denn als finanzkräftige Hilfe. Nach nur zweimonatiger Amtszeit wurde Wladimir Polewanow jedoch wieder abgesetzt und Sergej Beljaew nahm Anfang Februar seinen Platz ein. Der Fall Polewanow verdeutlicht nicht nur die Vorgänge innerhalb der Privatisierungsbehörde, sondern illustriert die Unberechenbarkeit der russischen Reformpolitik allgemein. Sein Nachfolger Beljaew versucht nun das zerschlagene Geschirr wieder zu kitten und plädiert für eine konsequente und umfassende Privatisierung der russischen Wirtschaft.

Im Gefolge des "schwarzen Dienstags" am 11. Oktober 1994, an dem der Wert des Rubels auf ein Rekordtief sank, ernannte der russische Präsident Jelzin den ehemaligen Chef des Staatlichen Vermögenskomitees Rußlands (Goskomimuschtschestwa/GKI), Anatolij Tschubajs, neben Oleg Soskowez zum Ersten Stellvertretenden Premierminister. In dieser Funktion sollte er die Oberaufsicht über die Finanz- und Wirtschaftspolitik übernehmen. Als Chef des GKI war er für eine umfassende und schnelle Privatisierung eingetreten. Unter seiner Amtsleitung waren unentgeltliche Privatisierungsschecks eingeführt worden, die

maßgeblich zu den Privatisierungsergebnissen beitragen. Laut Tschubajs wurden so bis Mitte April 1994 ein Großteil des ehemaligen Staatsbesitzes der Russischen Föderation privatisiert<sup>1</sup> und 40 Millionen Eigentümer geschaffen.<sup>2</sup>

Nach der Berufung Tschubajs' auf den formal höheren Posten galt es, für das staatliche Vermögenskomitee einen neuen Leiter zu finden. Diese Stellenbesetzung ist aus zwei Gründen von Interesse. Zum einen gibt die Person des Nachfolgers Auskunft darüber, ob die Beförderung des ehemaligen Leiters des GKI eine Stärkung seiner Position bedeutet oder eine Kaltstellung auf einen formal höheren Posten ohne konkretes Ressort.<sup>3</sup> Zum anderen gibt die Besetzung des GKI-Vorsitzes, einem Schlüsselryessort beim Übergang zur Marktwirtschaft, Auskunft, ob die russische Regierung den Reformkurs, dessen Kern die Privatisierung ist, konsequent weiter verfolgt.

## Wladimir Polewanow und seine Sicht der Privatisierung

Mitte November 1994 wurde der in der Öffentlichkeit wenig bekannte Wladimir Polewanow zum neuen Chef der Privatisierungsbehörde ernannt. Der ausgebildete Geologe war zuvor Leiter der Administration des Amur-Kreises<sup>4</sup> und verfügte weder über Erfahrungen im Bereich der Wirtschaftspolitik noch war er als Privatisierungsexperte ausgewiesen.

In einem Interview mit der Zeitung "Kommersant" sprach sich Polewanow zunächst für eine Kontinuität der Politik des GKI aus und bewertete die bisherigen Erfolge der Privatisierung als durchaus positiv. Er für seine Person wolle "über dem Gebäude des GKI keine neue Flagge hissen".<sup>5</sup> Sein Verständnis von Privatisierungspolitik deckte sich allerdings keineswegs mit den Ansichten seines Vorgängers Tschubajs. Er ging nur in einigen seiner Privatisierungsforderungen mit Anatolij Tschubajs konform. So plädierte er prinzipiell für eine Fortsetzung der Privatisierung und forderte darüber hinaus die Privatisierung des Grund und Bodens und nicht beweglichen städtischen Eigentums.<sup>6</sup>

Wladimir Polewanow brachte seine Privatisierungsphilosophie "nicht ohne Poesie" auf den Punkt: "Privatisierung - ist soweit gut und schön (...) Allerdings gehört zur Privatisierung auch die Nationalisierung, wie zum Tag die Nacht, zum Leben der Tod und zur Freiheit die Knechtschaft."<sup>7</sup> Für eine Nationalisierung oder besser eine Re-Nationalisierung des Eigentums plädierte er vor allem bei den, seiner Meinung nach zu Unrecht, privatisierten Betrieben in der Aluminiumindustrie, des Rüstungssektors, der Landwirtschaft und des Energiesektors.<sup>8</sup> Polewanow vertrat die Ansicht, daß gerade Betriebe des Rüstungssektors "falsch"<sup>9</sup> privatisiert worden seien, was zu einer Schädigung der nationalen Sicherheit und der Verteidigungsfähigkeit Rußlands führe.<sup>10</sup> Bei der Privatisierung der Erdgasindustrie solle dies vermieden werden. Deshalb forderte Polewanow, bei der Ausgabe von Aktien ein Kontrollpaket in staatlicher Hand zu behalten.<sup>11</sup>

Weiter übte er Kritik an den geringen Einnahmen, die bei der Privatisierung des Staatseigentums erzielt worden seien, und daran, daß das GKI praktisch eigenmächtig und ohne jegliche Kontrolle über sie habe

<sup>1</sup> J. Gladkevič, Vtoroj tap privatizacii, in: Krasnaja zvezda, 20.4.1994, S.3.

<sup>2</sup> D. Volkov, Anatolij Ėubajs predstavil koncepciju smerti vaučera, in: Segodnja, 13.4.1994, S.2.

<sup>3</sup> In einem Interview spekulierte Stanislav Šatalin, einer der Väter des 500-Tage-Programms, darüber, wieviel Ėubajs nach seiner Beförderung wirklich noch zu sagen habe. Siehe: Reformy: ostanovka, pereroždenie, otstuplenie? in: Moskovskie novosti, 1/1995, S.27.

<sup>4</sup> A. Bekker, Operacija doktora Polevanova, in: Segodnja, 17.1.1995, S. 2.

<sup>5</sup> V GKI vse po-staromy. Ili po-novomy, in: Kommersant, 6.12.1994, S. 14.

<sup>6</sup> Ebenda.

<sup>7</sup> I. Karpenko, Bomba pod privatizaciju ot predsedatelja Goskomimušestva V. Polevanova, in: Izvestija, 30.12.1994, S. 4.

<sup>8</sup> V. Kučerenko, Prioritety ostajutsja prežnimi, in: Rossijskaja gazeta, 18.1.1995, S.1 und A. Bekker, Operacija doktora Polevanova, in: Segodnja, 17.1.1995, S. 2.

<sup>9</sup> Diese Aussage ließ offen, ob Polewanow Privatisierungen meinte, die nicht dem Gesetz entsprechend durchgeführt wurden, oder aber Objekte, die nicht zur Privatisierung hätten freigegeben werden dürfen.

<sup>10</sup> J. Strugač, Na privatizaciju nabežala tučea, in: Sankt-Peterburgskie vedomosti, 6.1.1995, S. 2.

<sup>11</sup> V GKI vse po-staromy. Ili po-novomy, in: Kommersant, 6.12.1994, S. 16.

verfügen können.<sup>12</sup> Notwendig sei eine Verminderung des Privatisierungstempos zugunsten einer effizienteren Durchführung und Erzielung günstigerer Preise. Polewanow sah das GKI in der Rolle eines mächtigen Brokers, dessen oberstes Ziel die Maximierung seiner Verkaufseinnahmen sein sollte. Als eine wichtige Aufgabe des GKI in der Zukunft sah er die Bildung von Holdings, vor allem im Rüstungssektor und insbesondere bei den Konversionsbetrieben. Aus den Rüstungsbetrieben sollten die Unternehmensteile der Zivilproduktion herausgelöst und in Privatunternehmen umgewandelt werden. Die verbleibende Rüstungsproduktion sollte in Fiskalbetrieben fortgeführt und mit staatlichen Aufträgen versorgt werden.<sup>2</sup>

Polewanow unterstellte, daß unter der alten Leitung des GKI Ausländer bedeutende Aktienpakete an Betrieben aus dem Rüstungssektor hätten erwerben können,<sup>3</sup> was die nationale Sicherheit gefährde. Er selbst wollte ausländische Beteiligungen in allen Bereichen der Wirtschaft nur in sehr geringem Maße dulden. Um den Einfluß der ausländischen Investoren nicht zu stark werden zu lassen, plädierte er für die Festlegung einer Quote, über die hinaus nicht investiert oder gekauft werden dürfe.<sup>4</sup> Dies bedeutet praktisch, daß ausländische Investitionen unter staatlicher Kontrolle stehen. Darüber hinaus forderte Polewanow, einen Komplex von Maßnahmen zu erarbeiten und durchzusetzen, wie das in staatlicher Hand verbliebene Eigentum nicht nur effizient verwaltet, sondern auch geleitet werden könne. Hiermit wollte er die Rolle des GKI als Eigentümer betonen, das eben nicht nur für den Verkauf von Unternehmen zuständig sei.<sup>5</sup> Allerdings war Polewanow nicht in der Lage, seine Antiprivatisierungspolitik ohne weiteres gegen die eigene Behörde durchzusetzen.

So änderte er ungeachtet seiner massiven Kritik an der bis dato vollzogenen Privatisierungspolitik während seiner Amtszeit real nur wenig. Seine weitreichendste Entscheidung war ein Erlaß vom 5. Januar 1995 in dem er unter dem Deckmantel "Wahrung der nationalen Sicherheit" allen Ausländern und deren Beratern den Zugang zu den Privatisierungsbehörden verbot.<sup>6</sup> Ferner setzte er die Privatisierung der staatlichen Versicherungsgesellschaft und eines St. Petersburger Rüstungsunternehmens für ein halbes Jahr aus.<sup>7</sup> Weitere Schritte folgten nicht. Die Regierung hätte sich auch kaum eine aktive Re-Nationalisierung, d.h. einen Rückkauf aller von Polewanow gewünschten Aktien, leisten können.

## Politischer Hintergrund der Ernennung Polewanows

Die Ernennung Polewanows war nicht der erste Hinweis darauf, daß die Privatisierung à la Tschubajs auf Widerstand stieß. Gegner gab es in der Duma, den Dumakomitees, unter den Regierungsmitgliedern und den Vertretern der Rüstungsbürokratie. Bereits im Sommer 1994 hatte die Duma auf Initiative der Vorsitzenden der Dumakomitees für die Privatisierung und die wirtschaftlichen Reformen, Sergej Burkov und Sergej Glasev, das Konzept für die zweite Etappe der Privatisierung, bei der die Firmenanteile entgeltlich veräußert werden sollten, abgelehnt.<sup>8</sup> Von seiten der Regierung kritisierte im November 1994 Vizepremier Schochin beim Besuch eines Europaratsmitglieds das Verhalten ausländischer Investoren. Er klagte, diese würden die Aktien nur erwerben, "um sie dann mit Gewinn weiter zu verkaufen". Der Chef des Energieministeriums, Schafranik, stieß in das gleiche Horn. Seiner Meinung nach würden die Ressourcen zu Spottpreisen von Ausländern vereinnahmt und dann auf dem Weltmarkt zu einem

<sup>1</sup> I. Zasurskij, Te že i Polevanov. Otkrylos' podlinnoe lico to li vtorogo privatizatora, to li privatizacii, in: Nezavisimaja gazeta, 25.1.1995, S. 1.

<sup>2</sup> V GKI vse po-staromy. Ili po-novomy, in: Kommersant, 6.12.1994, S. 15.

<sup>3</sup> I. Zasurskij, Te že i Polevanov. Otkrylos' podlinnoe lico to li vtorogo privatizatora, to li privatizacii, in: Nezavisimaja gazeta, 25.1.1995, S. 1.

<sup>4</sup> V GKI vse po-staromy. Ili po-novomy, in: Kommersant, 6.12.1994, S. 15.

<sup>5</sup> I. Zasurskij, Te že i Polevanov. Otkrylos' podlinnoe lico to li vtorogo privatizatora, to li privatizacii, in: Nezavisimaja gazeta, 25.1.1995, S. 1.

<sup>6</sup> Im Zusammenhang mit dem Dekret steht, daß auch drei Journalisten der Zutritt zum GKI verweigert wurde. Siehe: A. Bekker, Užestoèen režim prochoda v GKI, in: Segodnja, 11.1.1995, S. 1.

<sup>7</sup> A. Bekker, Operacija doktora Polevanova, in: Segodnja, 17.1.1995, S. 2.

<sup>8</sup> Ebenda.

<sup>9</sup> V. Kučerenko, Prioritety ostajutsja prežnimi, in: Rossijskaja gazeta, 18.1.1995, S. 1.

Vielfachen des Preises weiterverkauft.<sup>1</sup> Ein Gegner der voranschreitenden Privatisierung war auch der Vorsitzende des Staatskomitees für die Verteidigungsindustrie, Viktor Gluchich. Dieser lag in einem ständigen Streit mit dem GKI, da mit der voranschreitenden Privatisierung im Rüstungssektor seine eigene Behörde immer weiter an Einfluß und Macht verlor.

Polewanow schwamm nicht nur auf der Welle der Kritik am GKI. Er verfügte auch über mächtige Förderer auf der politischen Bühne. Aleksander Korshakow, Chef der Leibgarde und enger Vertrauter Jelzins, hatte ihn vorgeschlagen<sup>2</sup>, und der erste Stellvertretende Premierminister Oleg Soskowez unterstützte ihn.<sup>3</sup> Die Politik Polewanows, die nationale Sicherheit zu gewährleisten, steht denn auch in einem direkten Zusammenhang mit dem Brief Korshakows an Tschernomyrdin, in dem dieser den Premierminister aufforderte, die Beteiligung der Weltbank an der erdölfördernden Industrie zu unterbinden.<sup>4</sup> Hand in Hand wollten Polewanow und Korshakow so einer "Überfremdung" der russischen Wirtschaft Einhalt gebieten.

Die Rettung, Abschottung der russischen Wirtschaft vor "Überfremdung", ist gewissermaßen die Achse, um die sich die Politik Polewanows und seiner prominenten Förderer Korshakow und Soskowez dreht.<sup>5</sup> Westliches Kapital gilt, in Wiederbelebung alten marxistischen Denkens, als subversiv. So kam eine Analyse Polewanows über die Ergebnisse der ersten Etappe der Privatisierung zu dem Schluß, daß verdeckte Interventionen des Auslands stattfänden mit dem Ziel, die Verteidigungsfähigkeit und die Wirtschaft Rußlands zu unterhöheln.<sup>6</sup> Polewanow schreckte in seiner Abschlußbewertung der ersten Etappe der Privatisierung, die eher wie eine Anklageschrift klang, auch nicht davor zurück, falsche Informationen über den Grad der ausländischen Beteiligungen in der russischen Wirtschaft zu verbreiten. Damit hoffte er wohl, die Dringlichkeit der Verabschiedung neuer Maßnahmen und Erlasse gegen ausländische Beteiligungen zu unterstreichen.<sup>7</sup>

Aleksander Korshakow und Oleg Soskowez, die auch im Tschetschenienkonflikt zu den Drahtziehern gehörten, vertreten zum einen die Rüstungslobby<sup>8</sup> und zum anderen die national-patriotischen Kräfte, die das Land "nicht den Ausländern überlassen wollen". Diese Gruppe des "nationalen Kapitals" wird, nach Ansicht eines russischen Kommentators, "nicht so einfach verschwinden, nicht aus der Wirtschaft, nicht aus der Politik und nicht aus der Regierung".<sup>9</sup> Mit der Ernennung Wladimir Polewanows versuchte sie, ihren Einfluß auf die Privatisierung und damit die Wirtschaftsreformen auszudehnen.

## **Der Senkrechtstarter wird aus der Bahn gedrängt**

Die Befürworter der Reformen waren jedoch nicht gewillt, ihren Gegnern ohne weiteres das Feld zu überlassen. Mitte Januar unterschrieb Premierminister Tschernomyrdin ein Dekret, in dem er die Regierungsaufsicht über die Privatisierung erneut Tschubajns in seiner Funktion als Oberaufseher über die Wirtschaftspolitik zusprach. Damit war Polewanow zwar nicht de jure abgesetzt, aber de facto entmachtet. Die stärksten Kritiker hatte Polewanow im eigenen Haus. So distanzierte sich beispielsweise sein Stellvertreter Alfred Koch strikt von Polewanows Aussagen. Er stellte sie als dessen Privatmeinung dar und erklärte, daß er Polewanows Ansichten über ausländische Investoren in keinem Fall teile und nicht

---

<sup>1</sup> Ebenda.

<sup>2</sup> F. Hiatt, Hard-Liners Chip at Cornerstone of Russian Reform, in: International Herald Tribune, 11.1.1995, S. 6.

<sup>3</sup> A. Bekker, Operacija doktora Polevanova, in: Segodnja, 17.1.1995, S. 2.

<sup>4</sup> I. Savvateeva, Kto upravljaet stranoj - El'cin, Ėernomyrdin ili general Koržakov?, in: Izvestija, 22.12.1994, S.1, 2. Die Berichterstatterin aus dem Weißen Haus hat den Brief in Auszügen abgedruckt und kommentiert.

<sup>5</sup> Das Wiederaufkeimen von Verschwörungstheorien und die Angst vor den Interventionen ausländischen Kapitals untersuchte ausführlicher: O. Alexandrova, Einkreisungsphobien, Verschwörungstheorien: Wiederkehr eines alten Syndroms in Rußland?, in: Aktuelle Analysen des BIOst, 17/1995.

<sup>6</sup> I. Savvateeva, Manifest 'obdelennyh', ili uroki logiki po Vladimiru Polevanovu, in: Izvestija, 9.2.1995, S. 5.

<sup>7</sup> Ebenda.

<sup>8</sup> P. Felgenhauer, Russia's Arms Sales Lobbies, in: Perspective, 1/1994, S.8.

<sup>9</sup> M. Sokolov, Ėubajns zapoleval Polevanova, in: Kommersant, 24.1.1995, Nr. 2, S. 5.

unterstützen werde.<sup>1</sup>

Je genauer die westlichen Regierungen und Anleger über die Geschehnisse in der russischen Privatisierungsbehörde informiert waren, desto besorgter reagierten sie: ein Privatisierungsstop galt ihnen als Aufgabe des Reformkurses.<sup>2</sup> Um dem entgegenzutreten versuchte die russische Regierung in einer längeren Verlautbarung am 20. Januar die Irritationen über den offiziellen Kurs der Wirtschaftsreform zu zerstreuen und beteuerte, daß sie "unverändert" an der bisherigen Politik der Privatisierung festhalte. Anatolij Tschubajs kündigte gegenüber der Nachrichtenagentur Itar-Tass die Entlassung Polewanows an. Präsident Jelzin selbst hatte Polewanow gar als einen Mann aus der Provinz bezeichnet, der einen hohen Posten bekommen und nicht verstanden habe, daß er in einem Team arbeiten müsse.<sup>3</sup>

Die abermalige Wende in der Privatisierungspolitik kann zum einen schlicht mit der Unfähigkeit Polewanows erklärt werden. Zum anderen spielte die Anwesenheit einer IWF-Delegation in Moskau eine große Rolle. Die Verhandlungen über die Vergabe eines Kredits im Wert von 6,25 Milliarden US-Dollar wollte man auf keinen Fall gefährden, da die Summe bereits in den Staatshaushalt eingeplant worden war. Um die Bedenken des westlichen Auslands gegenüber den Reformbemühungen Rußland zu zerstreuen, erklärte Anatolij Tschubajs auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Davos, auf dem er Rußland repräsentierte, daß die Privatisierung der Staatsunternehmen nach wie vor ein Hauptelement der Strategie der Wirtschaftsreformen sei. Weiter muß die Absetzung Polewanows aber auch vor dem Hintergrund der wachsenden Unbeliebtheit der Seilschaft Korshakow-Soskoweit und der immer stärker werdenden Kritik des Auslands an den Ereignissen in Tschetschenien gesehen werden.

Die Absetzung des erfolglosen Privatisierungschefs vollzog sich schließlich am 24. Januar. Allerdings trat er nicht ganz von der politischen Bühne ab. Präsident Jelzin ernannte ihn zum Stellvertretenden Leiter der Kontrollverwaltung der Administration des Präsidenten und behielt ihn somit in seiner Nähe, was darauf hinweist, daß Polewanow immer noch über Fürsprecher im Umfeld des Präsidenten verfügt.<sup>4</sup>

## **Die Zeit nach Polewanow: Rückkehr zum Altgewohnten**

Nach einer zweiwöchigen Übergangsperiode, in der der Stellvertretende Leiter des GKI, Petr Mostowoj, die Geschäfte führte, wurde am 8. Februar 1995 Sergej Beljaew, der bis zu diesem Zeitpunkt die föderale Verwaltung des Bankrotverfahrens leitete, per Präsidialerlaß zum neuen Chef des GKI ernannt. Als Wunschkandidat Tschubajs' sollte er eigentlich bereits im November anstelle Polewanows die Geschicke der Privatisierungsbehörde lenken.<sup>5</sup> Seine Ernennung scheiterte damals angeblich an den Bemühungen aus dem Präsidentenumkreis, Polewanow auf diesen Posten zu manövrieren.<sup>6</sup> Beljaew stammt aus St. Petersburg und leitete dort das städtische Vermögenskomitee. Im Herbst 1993 wurde er zum Generaldirektor der föderalen Verwaltung des Bankrotverfahrens befördert.<sup>7</sup> Aus dieser Zeit ist er als Befürworter der Privatisierungspolitik Tschubajs' bekannt.

Auf seiner ersten Pressekonferenz definierte er den Kurs des GKI wie folgt: Intensivierung des Privatisierungsprozesses, die verstärkte Anwerbung von Investitionen in den Produktionsprozeß und die Wiederherstellung der ökonomischen und politischen Stabilität.<sup>8</sup> Beljaew strebte eine Ausweitung der entgeltlichen Privatisierung an, um möglichst schnell finanzkräftige Eigentümer zu finden. Sein Credo lautet: "Wir werden alles verkaufen, was zu verkaufen ist."<sup>9</sup> Er schloß kategorisch jeden Rückschritt oder gar

<sup>1</sup> I. Karpenko, Revizor privatizacii nastaiwaet na svoem, in: Izvestija, 20.1.1995, S. 2.

<sup>2</sup> Siehe hierzu die Berichterstattung in der westlichen Presse, FAZ; FT; NZZ.

<sup>3</sup> Rußlands Regierung versucht Zweifel an Fortsetzung der Reformen zu zerstreuen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.1.1995, S. 2 und I. Karpenko, Revizor privatizacii nastaiwaet na svoem, in: Izvestija, 20.1.1995, S. 2.

<sup>4</sup> Savvateeva, I.; Karpenko, I.: Polevanov stal 'kontrolerom', ot ègo Èubajsu ne legèe, in: Izvestija, 26.1.1995, S. 1.

<sup>5</sup> A. Denusov, U novogo glavy GKI net raznoglasij s Èubajsom, in: Moskovskie novosti, 11/1995, S.24.

<sup>6</sup> I. Savvateeva, Sergeja Beljaeva vrad li postignet uèast' Vladimira Polevanova, in: Izvestija, 10.2.1995, S. 2.

<sup>7</sup> Ebenda.

<sup>8</sup> M. Lancman, Sergej Beljaev: My budem prodavat' vse, èto produetsja, in: Segodnja, 14.2.1995, S.2.

<sup>9</sup> Ebenda.

eine Re-Nationalisierung aus. Er teilte auch nicht die Meinung seines Vorgängers, daß Unternehmen aus strategischen Sektoren illegal privatisiert worden seien. Zur ausländischen Beteiligung an der Privatisierung hat er selbst sich bisher noch nicht geäußert. Sein Stellvertreter Mostowoj lehnte allerdings jegliche Benachteiligung ausländischer Investoren kategorisch ab.<sup>1</sup> Nur in einem Punkt decken sich die Forderungen Beljaews mit denen Polewanows: Um die Investitionen in den Industrieun-

---

<sup>1</sup> Privatizacija posle Polevanova v predstavljenii Mostovogo, in: Izvestija, 3.2.1995, S. 1,2.

ternehmen und den anderen Wirtschaftsbereichen zu stärken, forderte er entschieden die Privatisierung von Grund und Boden und des nichtbeweglichen Eigentums.

Mit Sergej Beljaew scheint Rußland nun wieder zu einer konsequenten Privatisierungspolitik zurückzukehren, deren Ziel die Übergabe des staatlichen Eigentums in private Hände ist. Eine sichere Prognose über ihre Dauerhaftigkeit ist allerdings nicht möglich. An den Wirren in der Privatisierungsbehörde wird auch der Machtkampf im Präsidialapparat sichtbar. Ein Machtkampf zwischen den Kräften, die die monetäre Stabilisierung als die Grundlage jeglicher Stabilisierung betrachten und die Entwicklung des Privateigentums weiter voran bringen wollen, und jenen Kräften, die den "räuberischen Charakter" der Reformen und die Gefahr des Ausverkaufs der Heimat hervorheben. Die Absetzung Polewanows garantiert noch nicht die Durchführung wirtschaftlicher Reformen. Es bleibt abzuwarten, wie die Privatisierungsmaßnahmen nach Erhalt des IWF-Kredits lauten werden und vor allem, welche konkreten Ergebnisse erzielt werden.

Simone Schwanitz

Diese Arbeit entstand im Rahmen des von der Volkswagenstiftung geförderten Projekts "Die Nachfolgestaaten der Sowjetunion und die Sicherheit Europas" am BIOst.